

Kurzmeldungen Dezember 2012

Uranmunition

Die gesundheitlichen Schädigungen durch Uranmunition sind für die Zivilbevölkerung, Soldaten und Umwelt gravierend. Das IPPNW fordert deren internationale Ächtung. Zu diesem Ergebnis kommt der Report "Die gesundheitlichen Folgen von Uranmunition - Die gesellschaftliche Debatte um den Einsatz einer umstrittenen Waffe".

Weltweit nutzen Militär und Rüstungsfirmen Waffen mit Uranmunition, zum Beispiel um Panzer zu zerstören oder Bunker zu sprengen. Bei der Explosion dieser Munition bildet sich ein Aerosol mit Partikelgrößen im Nano-Bereich. Diese Partikel gelangen durch Einatmen, durch Aufnahme mit dem Wasser oder Nahrungsmitteln, aber auch über Wunden in den menschlichen Körper. Im Blut gelöstes Uran löst Knochentumore, Leukämie und Lungenkrebs aus. Im Irak, wo Uranwaffen 1991 und 2003 eingesetzt wurden, berichten Ärzte über den alarmierenden Anstieg schwerer Fehlbildungen bei Neugeborenen.

Quelle: Report "Die gesundheitlichen Folgen von Uranmunition"
<http://www.kurzlink.de/uranmunition>

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wird die Verbreitung rechtsextremer Haltungen untersucht.

Die Ausländerfeindlichkeit liegt in Deutschland bei 25%. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild besteht bei 9%. Gleichzeitig liegt die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie als Staatsform bei 95%. Einzelnen islamfeindlichen Aussagen wird bis zu 60% der Befragten zugestimmt.

Quelle: FES-Studie: Die Mitte im Umbruch
http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf

Stromnetzausbau

Eine Studie der Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) zu den Stromverteilnetzen in Deutschland kommt zum Ergebnis, daß bis zum Jahr 2030 bis zu 193.000 km Stromleitungen ausgebaut und auf einer Länge bis zu 25.000 km umgebaut werden müssen. Das kostet zwischen 27 Mrd bis 40 Mrd Euro.

Im Fokus stand der Aus- und Umbaubedarf der Stromverteilnetze zur Integration der dezentralen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung. Darüber hinaus wurde untersucht, ob der aktuelle Regulierungsrahmen geeignet ist, die vom Gesetzgeber vorgesehene Rendite für den Betrieb der Stromverteilnetze zu gewährleisten, wenn der Ausbau der Erneuerbaren weiter fortgesetzt wird.

Quelle:

Deutsche Energie-Agentur GmbH 2012

http://www.dena.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Energiesysteme/Dokumente/denaVNS_Abschlussbericht.pdf

Fukushima

Mehr als eineinhalb Jahre nach dem Atomunglück von Fukushima hat die Betreibergesellschaft Tepco die bewusste Verharmlosung der Gefahren eingeräumt. Das Unternehmen erklärte in einem Bericht, das Risiko heruntergespielt zu haben, um eine Schließung des Atomkraftwerks aus Sicherheitsgründen zu vermeiden.

Wären vor dem Unglück weitreichende Sicherheitsmaßnahmen angeordnet worden, so hätte dies den Eindruck erweckt, Atomkraftwerke seien nicht sicher.

Quelle: <http://tagesschau.de/ausland/fukushima718.html>, 12.10.12

Zwangshaftpflicht für AKW-Betreiber

Der AKW-Stresstest hat zahlreiche Sicherheitsmängel der europäischen Atomkraftwerke offenbart. Als Reaktion darauf fordert EU-Energiekommissar Günther Oettinger nun, die Betreiber müssten sich per Haftpflicht für Atomunfälle versichern.

Zugleich drängte Oettinger die Mitgliedsstaaten dazu, bis 2014 eine Entsorgungskonzept für Atommüll vorzulegen – "ohne Exporte aus der EU", wie der Kommissar betonte. Fast alle der 145 Reaktoren in den EU-Ländern haben dem Stress-Test zufolge Sicherheitslücken. Um die Mängel zu beheben, müssten die Betreiber EU-weit zwischen 10 und 25 Milliarden Euro investieren. Vorschreiben kann Brüssel diese Nachrüstung aber nicht.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/12121-zwangshaftpflicht-fuer-akw-betreiber>, 5.10.12

Spitzenausgleich bei Ökosteuer

Die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) hat die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aufgefordert, die im Sommer von der Bundesregierung im Schulterschluss mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ausgehandelte zehnjährige Weiterführung des so genannten Spitzenausgleichs im Zusammenhang mit der Ökosteuer abzulehnen.

Etwa 18.700 von rund 23.000 begünstigten Unternehmen des produzierenden Gewerbes müssten keinerlei Gegenleistung für ein Steuergeschenk erbringen, das die deutschen Steuerzahler über zehn Jahre mit weit mehr als 20 Mrd Euro belastet.

Die getroffenen Regelungen widersprechen auch dem von der Bundesregierung selbst vor zwei Jahren beschlossenen Energiekonzept. Danach sollten ab 2013 nur solche Betriebe weiter vom Spitzenausgleich profitieren, die Energieeinsparungen auch tatsächlich nachweisen.

Quelle: Deutsche Umwelthilfe, 18.10.2012

Offshore-Windparks

Es wird zu Verzögerungen beim Anschluss von Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee kommen und für diese werden die Stromkunden mit einem Milliardenbetrag geradestehen müssen. Das war seit dem Gesetz von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) klar, der wirtschaftliche Risiken bei der Netzanbindung von den Konzernen auf die Privathaushalte übertragen hatte. Im vergangenen Jahr sparte die Industrie beim Strompreis bereits 4,3

Mrd Euro, die von den Privathaushalten übernommen werden mussten.

Quelle: KLIMARETTER.INFO, 24.9.12

umstrittene Tierschutz-Reform

Gegen die Proteste von Tierschützern hat der Bundestag ein neues Tierschutzgesetz verabschiedet, das an der Kastration von Ferkeln und den schmerzhaften Brandzeichen bei Pferden festhält. Das Parlament billigte die umstrittene Reform, die jedoch im Vorfeld deutlich entschärft wurde.

Eigentlich wollte Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) den sogenannten Schenkelbrand abschaffen, bei dem Pferde von ihren Züchtern mit glühend heißen Brandeisen markiert werden. Doch das jetzt verabschiedete Gesetz erlaubt diese Praxis weiterhin. Selbst eine örtliche Betäubung ist erst ab dem Jahr 2019 vorgeschrieben. Auch bei der Kastration junger Ferkel sollte ursprünglich ab 2017 eine Betäubung vorgeschrieben sein. Diese Vorschrift wurde vom Bundestag ebenfalls auf das Jahr 2019 vertagt. Deutschlandweit werden jährlich rund 20 Millionen Ferkel kurz nach der Geburt kastriert, damit ihr Fleisch später nicht streng riecht oder unangenehm schmeckt.

Quelle: dpa, 13.12.12

Spekulation mit Nahrungsmitteln

Seit mehr als einem Jahr kämpft foodwatch gegen die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln an den Rohstoffbörsen. Im Report „Die Hungermacher – wie Deutsche Bank, Goldman Sachs & Co. auf Kosten der Ärmsten mit Lebensmitteln spekulieren“ wurde dies ausführlich dokumentiert. Diese Spekulation wurde nur möglich, weil die ursprünglich streng regulierten Rohstoffbörsen auch für reine Finanzanlagen geöffnet wurden. Finanzlobby und Großkonzerne bekämpfen eine klare Regelung vehement und bauen immer wieder Schlupflöcher in die Gesetzestexte ein.

Quelle: <http://foodwatch.de>, 11.12.12

Landwirtschafts-Subventionen

Mindestens ein Drittel der Menge an Schweinen, die produziert wurden, werden als Abfall weggeworfen, weil sie nicht konsumiert wurden. Seit 2005/2006 gibt es ein Überangebot an Schweinefleisch. Heute sind es 115% in Deutschland.

Ungefähr 70% der Subventionen gehen an Landwirte. In Deutschland wird das pro Fläche bezahlt. Fast eine Mrd Euro wird an Subventionen für die Futterflächen bereit gestellt. Darüber hinaus gibt es weitere 4,4 Mrd Euro für Kühlhäuser, Lagerhaltung, Exporte für die Finanzierung einer Überproduktion.

Quelle:

<http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=10492500/mpdid=10498348/laappf/index.html>

GAP-Reform

Rund 40% des gesamten EU-Haushalts wurden zwischen 2007 und 2013 für die Agrarwirtschaft aufgewendet. Die Verhandlungen über die Zukunft der Gemeinsamen

Agrarpolitik (GAP) hatten ursprünglich zum Ziel, Fortschritte im Umweltschutz, für die ländliche Bevölkerung und in der langfristigen Nahrungsmittelsicherheit zu liefern. Vom 22.-23.11.12 trafen sich die Staatschefs in Brüssel, um über den kommenden EU-Haushalt in den Jahren 2014 bis 2020 zu beraten. Obwohl zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht feststeht, wie "grün und fair" die EU-Agrarminister und EU-Parlamentarier die GAP machen wollen, wird bereits über die Zuteilung der Mittel entschieden. Ratspräsident Herman Van Rompuy hat dann einen "Kompromissvorschlag" eingebracht. Das Papier des Belgiers überlässt es den Mitgliedsstaaten, die Zahlungen an Großbetriebe zu begrenzen und den Bauern schärfere Umweltauflagen als gesetzlich vorgesehen zu machen. Damit bleibt dann wohl alles beim Alten. Insgesamt will Van Rompuy den Agrarhaushalt um rund 6 Prozent auf 364 Milliarden Euro kürzen. Besonders stark will Van Rompuy den Etat für die ländliche Entwicklung und Agrarumweltmaßnahmen zusammenstreichen: laut Kommission um fast 20 Prozent. Dazu gehören Projekte, die Wissenschaftler als besonders positiv für die Umwelt einstufen, zum Beispiel die Förderung des Öko-Landbaus.

Quellen:

<http://www.euractiv.de/landwirtschaft-und-ernahrung/artikel/blankoschecks-fuer-eine-schaedliche-landwirtschaft-006904>, 12.11.12

<http://taz.de/EU-Kommission-knickt-ein/!105804>, 20.11.12

UN-Konferenz zum Schutz der Biologischen Vielfalt

Im indischen Hyderabad fand die 11.UN-Vertragsstaatenkonferenz zum Schutz der biologischen Vielfalt (CBD) statt. Neben effektiven Finanzierungsmodellen und einem Lastenausgleich zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern soll es auch um den Schutz der Weltmeere gehen.

Vor zwei Jahren verständigten sich die CBD-Vertragsstaaten darauf bis 2020 mindestens 10% der Weltmeere unter Schutz zu stellen. Doch bis heute ist nach WWF-Angaben von diesem Beschluss kaum etwas umgesetzt. Derzeit umfassen die ausgewiesenen Meeresschutzgebiete lediglich 1,6% der globalen Ozeane. Die Weltmeere sind den Interessen von Fischerei, Rohstoffförderung und Tourismus noch immer weitgehend schutzlos ausgeliefert.

Quelle: WWF, 8.10.12

Armuts- und Reichtumsbericht

Die Bundesregierung hat ihren Armuts- und Reichtumsbericht in einigen Passagen entschärft. Die Aussage "Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt" ist in dem überarbeiteten Text nicht mehr enthalten. Auch Aussagen zur Lohnentwicklung fehlen. In der ersten Variante hatte noch gestanden, dass "die Lohnentwicklung im oberen Bereich positiv steigend war", die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren aber "preisbereinigt gesunken" seien.

In der ersten Fassung hatte noch gestanden, dass manchen Alleinstehenden mit Vollzeitjob der Stundenlohn nicht für die Sicherung des Lebensunterhalts reiche. Jetzt heißt es nur noch, dass dies die Armutsrisiken verschärfe, sozialen Zusammenhalt schwäche und diese Entwicklung "kritisch zu sehen" sei.

Der Satz "Allerdings arbeiteten im Jahr 2010 in Deutschland knapp über vier Millionen

Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro." wurde gestrichen. Der Bericht, den das Bundesarbeitsministerium alle vier Jahre erstellt, war Mitte September an die anderen Ressorts gegangen. Wirtschaftsminister Philipp Rösler hatte nach Bekanntwerden der ersten Fassung gesagt, diese entspreche nicht "der Meinung der Bundesregierung".

Quelle: <http://tagesschau.de/inland/armutsbericht106.html>, 28.11.12